

Kantonsfinanzen PAS 2 liefert die ersten Ergebnisse



Medienkonferenz vom 11. Februar 2015

Dokumentation



Présidence du Conseil d'Etat
Chancellerie - IVS

Präsidium des Staatsrates
Kanzlei - IVS

**CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS**

MEDIENEINLADUNG

10. Februar 2015

Kantonsfinanzen PAS 2 liefert die ersten Ergebnisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Um das Gleichgewicht der Kantonsfinanzen wiederherzustellen, hat der Staat Wallis Anfang 2014 ein Audit der Aufgaben und des Personals der halbstaatlichen Einrichtungen und der drei Gewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) lanciert. Ziel dieses Projekts mit dem Namen PAS 2 ist es, Sparmassnahmen zuhanden des Staatsrates vorzuschlagen. Zu diesem Zweck hat die Regierung BAKBASEL damit beauftragt, das kantonale Defizit sowie die Kosten der Leistungen der öffentlichen Hand zu analysieren.

Um Sie über die hauptsächlichen Ergebnisse der Analysen von BAKBASEL und das weitere Vorgehen zu informieren, lädt Sie der Staatsrat zu einer **Medienkonferenz** ein

**Mittwoch, 11. Februar 2015 um 10.30 Uhr
Espace Porte de Conthey – Sitten**

Zur Beantwortung Ihrer Fragen stehen Ihnen die anwesenden Staatsräte anschliessend zur Verfügung.

Die Dokumentation wird Ihnen vor Ort abgegeben. Sie finden diese auch auf unserer Website www.vs.ch unter den üblichen Rubriken.

Mit freundlichen Grüssen

André Mudry
Informationschef





11. Februar 2015

Kantonsfinanzen Ergebnisse des interkantonalen Benchmarkings

(IVS). – PAS 2 liefert die ersten Ergebnisse. Das im Februar dieses Jahres lancierte Projekt PAS 2 umfasst ein Audit der Aufgaben und des Personals der halbstaatlichen Einrichtungen und der drei Gewalten (Legislative, Exekutive und Judikative). Zur Durchführung dieses Audits stützt sich der Staat Wallis auf eine Analyse des Wirtschaftsforschungsinstituts BAKBASEL. Dieses interkantonale Benchmarking zeigt, dass der Aufwand pro Einwohner im Wallis dem nationalen Durchschnitt entspricht. Allerdings ist er im Vergleich zu ähnlichen Kantonen um 2% höher. Nichtsdestotrotz zeigt die von den kantonalen Hochrechnungen bestätigte Analyse von BAKBASEL, dass Massnahmen zum langfristigen Ausgleich der Kantonsfinanzen unabdingbar sind. Die im Rahmen des Projekts PAS 2 bereitzustellenden Mittel wurden auf 120 Millionen Franken festgelegt.

Die Rechnung 2013 schloss mit einem Fehlbetrag von über 80 Millionen Franken und jener der Rechnung 2014 könnte rund 100 Millionen Franken betragen. Um das Gleichgewicht der Kantonsfinanzen wiederherzustellen hat der Staat Wallis Anfang 2014 ein Audit der Aufgaben und des Personals der halbstaatlichen Einrichtungen und der drei Gewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) lanciert. Ziel dieses Projekts mit dem Namen PAS 2 ist es, Sparmassnahmen zuhanden des Staatsrates vorzuschlagen. Um die diesbezüglichen Entscheide vorzubereiten, hat die Regierung BAKBASEL damit beauftragt, das kantonale Defizit sowie die Kosten der Leistungen der öffentlichen Hand zu analysieren.

Hauptsächliche Ergebnisse der Analysen von BAKBASEL

BAKBASEL ist der Ansicht, dass die Kantonsfinanzen im Jahr 2017 mit einem strukturellen Defizit von rund 80 Millionen Franken konfrontiert sein werden. In diesem Betrag sind die Tilgung der Fehlbeträge der Rechnung 2013 (83 Millionen) sowie der voraussichtlichen Fehlbeträge der Rechnung 2014 (100 Millionen) und andere Konjunkturfaktoren, welche das Kantonsbudget belasten könnten, nicht berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser ersten Analyse bestätigen, dass die Finanzperspektiven des Staates Wallis düster und strukturelle Einsparungen unabdingbar sind.

Im Rahmen der zweiten Analyse hat BAKBASEL den Nettoaufwand von 42 Gruppen von Leistungen verglichen, die im Wallis von der öffentlichen Hand erbracht werden. Diese 42 Leistungsgruppen wurden anhand einer auf nationaler Ebene harmonisierten Klassifikation gebildet. Der Aufwand dieser Leistungsgruppen wurde mit dem nationalen Durchschnitt sowie mit demjenigen von fünf Kantonen verglichen, deren Situation insgesamt mit jener des Wallis vergleichbar ist (Bern, Freiburg, Graubünden, Jura und Tessin). BAKBASEL kommt zum Schluss, dass der Nettoaufwand der öffentlichen Hand pro Einwohner (Kanton 2/3 - Gemeinden 1/3) zwar dem nationalen Durchschnitt entspricht, aber um 2% über dem Durchschnitt der fünf Referenzkantone liegt. Damit der Staatsrat seine Entscheide in voller Kenntnis der Sachlage treffen kann, wurde der Kostenindex pro Einwohner durch einen Fallkostenindex ergänzt.



Das Sparpotenzial konnte somit genauer bestimmt werden. Für diesen Index wurden ebenfalls Referenzkantone definiert.

Das Wallis liegt zwar im Schweizer Mittel, aber sein Ressourcenindex ist deutlich tiefer und erreicht rund 87% nach Entrichtung des Finanzausgleichs.

Entscheide des Staatsrates

Gestützt auf die Berichte von BAKBASEL und die kantonalen Hochrechnungen hat der Staatsrat die im Rahmen des Projekts PAS 2 bereitzustellenden Mittel auf 120 Millionen Franken festgelegt. Sämtliche Bereiche des Staates und der Einrichtungen müssen zur Erreichung dieses Zieles beitragen. Allerdings werden die Leistungsgruppen mit den höchsten «Fallkosten» zusätzliche Anstrengungen erbringen müssen. Dabei wird den bereits erzielten Einsparungen Rechnung getragen. Die Massnahmen des Staatsrates zur Erreichung des gesteckten Ziels umfassen auch eine allfällige Erhöhung der Einnahmen sowie eine Senkung der Investitionen.

Weiteres Vorgehen

Die Dienststellen des Staates und die subventionierten Einrichtungen müssen konkrete Massnahmen vorschlagen. Um sie dabei zu unterstützen, werden momentan eine Methode, eine Organisation und Instrumente erarbeitet.

Die Legislative und die Judikative werden vom Staatsrat ebenfalls aufgefordert, ihre diesbezüglichen Anstrengungen fortzusetzen und Massnahmen zur Verbesserung der Kantonsfinanzen vorzuschlagen.

Die konkreten Massnahmen werden dem Staatsrat vor Ende des ersten Halbjahres 2015 unterbreitet. Er wird die definitiven Entscheide unter anderem in Anbetracht ihrer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen treffen.

Kontaktperson:

Maurice Tornay, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Finanzen und Institutionen – 027 606 50 05

PAS 2 - Kantonsfinanzen

Medienkonferenz

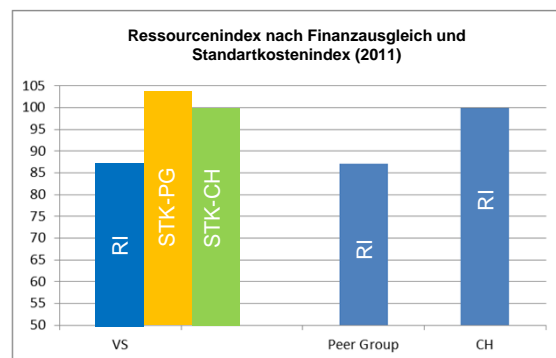
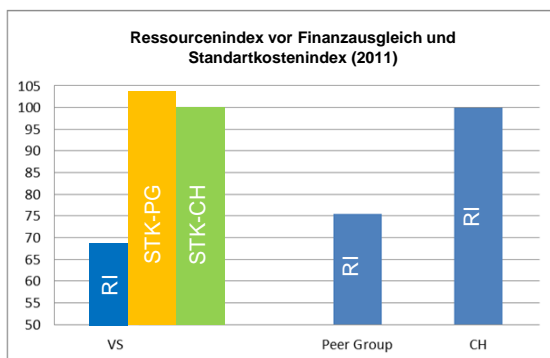
11. Februar 2015

Tagesordnung

1. **Einleitung:** *Jean-Michel Cina, Regierungspräsident*
2. **Ergebnisse des interkantonalen Benchmarkings** *BAKBASEL*
3. **Herausforderungen für die Kantonsfinanzen und Fortsetzung von PAS 2:**
Maurice Tornay, Vorsteher des Departements für Finanzen und Institutionen
4. **Schlussfolgerung:** *Jean-Michel Cina, Regierungspräsident*
5. **Fragen und Antworten**

Einleitung (Jean-Michel Cina, Regierungspräsident)

- ▲ Das Wallis liegt im Schweizer Mittel
 - Nettoaufwand pro Einwohner: = Durchschnitt CH
 - Nettoaufwand pro Einwohner: + 2% im Vergleich zum Durchschnitt BE, FR, GR, JU, TI
- ▲ Der Ressourcenindex des Wallis liegt unter dem Durchschnitt
 - rund 69% **vor** Finanzausgleich
 - rund 87% **nach** Finanzausgleich



■ Ressourcenindex (RI)

■ Standardkostenindex Wallis im Vergleich zum Peer Group= 100 (STK-PG)

■ Standardkostenindex Wallis im Vergleich zur Schweiz = 100 (STK-PG)

Standardkostenindex = Nettoaufwand pro Einwohner

Einleitung (Jean-Michel Cina, Regierungspräsident)

- ▲ In erster Linie muss beim Aufwand angesetzt werden
 - Hohe Steueraussschöpfung im Wallis
 - Parlament und Volk kritisch gegenüber Steuererhöhungen

- ▲ Das von BAKBASEL durchgeführte Kostenbenchmarking hat Sparpotenziale in gewissen Bereichen aufgezeigt, aber:
 - Sämtliche Bereiche werden betroffen sein
 - Einnahmenerhöhungen und Subventionskürzungen bleiben offen

- ▲ Der Staatsrat hat noch keine definitiven Entscheide gefällt
 - Definitive Entscheide werden Ende des ersten Halbjahres 2015 unter Berücksichtigung der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen gefällt

Einleitung (Jean-Michel Cina, Regierungspräsident)

- ▲ Zunehmende Verschlechterung der Finanzsituation des Staates
 - 2013: Fehlbetrag von über 80 Mio. Franken
 - 2014: möglicher Fehlbetrag von über 100 Mio. Franken
 - Düstere Perspektiven
- ▲ Vom Grossrat und Staatsrat beschlossene Massnahmen
 - PAS 1: ~ 40 Mio. Franken
 - Dekret «Massnahmen Budgetgleichgewicht»: ~ 30 Mio. Franken
 - PAS 2: strukturelle Sparmassnahmen
- ▲ PAS 2 (Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates)
 - Phase 1 «Vorbereitung»: BAKBASEL (Analysemandat)
 - Ausmass des «strukturellen» Defizits des Staates
 - Kosten der Leistungen der öffentlichen Hand im Wallis
 - Phase 2 «Realisierung»: Institutionen – Drei Gewalten
 - Vorschlägen von strukturellen Sparmassnahmen



Evaluation des Finanzhaushalts des Kantons Wallis

Michael Grass, Bereichsleiter, Mitglied der Geschäftsleitung
Samuel Mösle, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Pressekonferenz

Sion, 11.02.2015

Inhalt

1. Wie hoch ist der Entlastungsbedarf im kantonalen Finanzhaushalt?

- Strukturelles Defizit in der Staatsrechnung
- Welche Entwicklung ist in den kommenden Jahren zu erwarten?
- Wie hoch ist der Entlastungsbedarf?

2. Evaluation des Finanzhaushalts nach Aufgabenfeldern

- In welchen Aufgabenfeldern weist der Kanton Wallis überdurchschnittliche Kosten auf?
- Was sind (dort) die Gründe für überdurchschnittlich hohe Kosten?
- Bewertung: Welche Auswirkungen haben überdurchschnittliche Kosten pro Bedarfseinheit in einzelnen Aufgabenfeldern für den Finanzhaushalt?

3. Fazit

- Zusammenfassung: Globales Kostendifferenzial
- Ableitung von prioritären Handlungsfeldern
- Schlussfolgerungen
- Grenzen der Analyse

**Analyse des Entlastungsbedarfs
im kantonalen Finanzhaushalt**

Entlastungsbedarf im kantonalen Finanzhaushalt

Ausgangslage und Vorgehen

Ausgangslage

- Finanzhaushalt im Ungleichgewicht
- Kantonale Schuldenbremse erfordert Abschreibung der Unterdeckungen aus 2013 und 2014
- Aufhebung des CHF-EUR-Mindestkurses:
Wirtschaft im Kanton Wallis überdurchschnittlich stark von Aufwertungsschock betroffen

Analyseschritte

- Analyse des strukturellen Defizits in der letzten Staatsrechnung (2013)
- Projektion der Entwicklung des Finanzhaushalts bis 2017
- Einordnung: Auswirkung der aktuellen CHF-EUR-Entwicklung

Ergebnis

Abschätzung des strukturellen Entlastungsbedarfs für nachhaltige Haushaltsentwicklung

Entlastungsbedarf im kantonalen Finanzhaushalt

Strukturelles Defizit

Definition

Das strukturelle Defizit ist derjenige Teil des Staatsdefizits, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist. Ein strukturelles Defizit liegt vor, wenn im (hypothetischen) konjunkturellen «Normalzustand» ein Aufwandsüberschuss besteht.

Berechnung

Bereinigung der konjunktursensitiven Komponenten der laufenden Rechnung um den Konjunkturfaktor auf Basis statistischer Methoden. Daraus ergibt sich dann ein konjunkturbereinigtes Rechnungsergebnis. Das methodische Vorgehen lehnt sich hierbei an dasjenige des Bundes bei der Schuldenbremse an (k-Faktor).

Ergebnis

Für das Jahr 2013 weist die Laufende Rechnung ein Minus von 53.5 Mio. CHF auf. Das strukturelle Defizit liegt bei 66 Mio. CHF. Hierbei wurde neben der Bereinigung der Konjunkturfaktoren zusätzlich die in 2013 erfolgte Gewinnausschüttung der SNB (26.5 Mio. CHF) abgezogen.

Entlastungsbedarf im kantonalen Finanzhaushalt

Projektion der Entwicklung im Finanzhaushalt

Wirtschaftsentwicklung

Der Kanton Wallis weist aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur ein strukturell bedingtes Wachstumsdefizit zum nationalen Durchschnitt auf und ist von den gegenwärtigen konjunkturellen Belastungsfaktoren (Zweitwohnungsinitiative, Aufwertungsschock) besonders betroffen.

Ergebnis

In der mittleren Frist ergibt sich in den Projektionen unter der Annahme stabiler struktureller Trends auf der Ausgabenseite (Transferhaushalt) sowie einer vorsichtigen Einschätzung der Fiskalerträge ein Defizit von 77 Mio. CHF.

Einordnung

Die strukturellen Effekte werden allerdings kurz- bis mittelfristig von zusätzlichen Sonderfaktoren teilweise überlagert. Hierbei gibt es sowohl Entlastungsfaktoren (PAS 1, Massnahmen für das Budgetgleichgewicht, zusätzliche Ausschüttung SNB 2015) als auch Belastungsfaktoren (Auswirkungen der Aufhebung des CHF/EUR-Mindestkurses durch die SNB, Abschreibung der Unterdeckung der Jahre 2013/14).

Entlastungsbedarf im kantonalen Finanzhaushalt

Auswirkungen der Aufhebung des Mindestkurses durch die SNB

Wirtschaftsentwicklung Schweiz

- Rückgang des BIPs im laufenden Jahr (-0.2%) und schwaches Wachstum 2016 (+0.9%)
- Anstieg der Arbeitslosenquote auf 3.5% bis Ende 2015 (Jan. 2015: 3.1%, saisonbereinigt)
- Besonders stark reagieren die Investitionstätigkeit und die Exporte
- Tourismus und Investitionsgüterindustrie sind besonders betroffene Branchen

Wirtschaftsentwicklung Kanton Wallis

- Aufgrund der Branchenstruktur (Schlüsselbranche Tourismus) dürfte die Walliser Wirtschaft stärker von den negativen Effekten betroffen sein.
- Hierbei spielt auch eine Rolle, dass der Tourismus im Kanton Wallis aufgrund seiner Angebotsstruktur noch stärker betroffen sein dürfte als in anderen Tourismusregionen.
- Für das laufende Jahr 2015 muss im Kanton Wallis mit einem deutlichen Rückgang des regionalen BIPs gerechnet werden. Auch für 2016 sind die Perspektiven sehr begrenzt und die Wirtschaft dürfte kaum expandieren.
- Im Finanzhaushalt reagieren Fiskalerträge am stärksten auf die konjunkturelle Abschwächung. Hier dürfte es in der Finanzplanperiode zu spürbaren Ertragsausfällen kommen.

Entlastungsbedarf im kantonalen Finanzhaushalt

Entlastungsbedarf

Struktureller Entlastungsbedarf

Strukturelles Defizit 2013 -66 Mio. CHF

Risikoadjustierte(*) Projektion BAKBASEL 2017 -77 Mio. CHF

Kurz- bis mittelfristig: Zusätzliche Belastungsfaktoren

Auswirkungen der Aufhebung
des CHF/EUR-Mindestkurses

Ertragsausfälle
*(Eine Differenz von 2% bei den Fiskalerträgen
entspricht einem Ertragsausfall von rund 25 Mio. CHF)*

Defizite in 2013 (83 Mio. CHF) und 2014 (100 Mio. CHF) Abschreibung der Unterdeckung in den Jahren 2015-'18
[-27.5/-60.9/-60.9/-33.3]

Kurz- bis mittelfristig: Zusätzliche Entlastungsfaktoren

Zusätzliche Ausschüttung der SNB +26.5 Mio. CHF(2015)

Befristete Entlastungsmassnahmen (PAS 1, Massnahmen für das Budgetgleichgewicht)

(*) Die ursprüngliche Basisprojektion der Studie kam zu einem etwas optimistischeren Ausblick. Allerdings wurde in der Analyse auf strukturelle Risiken im Finanzhaushalt hingewiesen, die es zu überprüfen galt. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass diese strukturellen Risiken in der Basisprojektion berücksichtigt werden sollten.

Evaluation des Finanzhaushalts nach Aufgabenfeldern

Evaluation des Finanzhaushalts nach Aufgabenfeldern

Vorgehen

Technisches Benchmarking

- Durchführung eines standardisierten interkantonalen Benchmarkings für den gesamten Finanzhaushalt nach 42 Aufgabenfeldern
- Ursachenanalyse: Bereinigung der Standardkosten um Bedarfsstruktur

Plausibilisierung

- Aufgabenfeldspezifische komplementäre und vertiefende Analysen zur Überprüfung und Robustifizierung der Ergebnisse
- Umfassende Plausibilisierung mit den Fachleuten der Departements

Bewertung

- Einordnung der Erkenntnisse der Plausibilisierungsphase
- Transformation der Benchmarkingergebnisse in (monetäre) Fallkostendifferenziale

Synthese

- Berechnung des gesamten Kostendifferenzials in Abhängigkeit des Referenzniveaus staatlicher Leistungen
- Ableitung potenzieller Handlungsfelder unter Berücksichtigung der Finanzierungsstruktur der Aufgabenfelder (Kanton; Gemeinden)

Evaluation des Finanzhaushalts nach Aufgabenfeldern

Methodische Vorbemerkungen

- Analyse des gesamten Finanzhaushalts
- Analyse entlang der funktionalen Gliederung (staatliche Aufgabenfelder)
- Analyse der Nettoausgaben je Aufgabenfeld (insgesamt 42)
- Interkantonaler Vergleich
 - Standard-Peer Group: BE, FR, GR, JU, TI
 - In vielen Aufgabenfeldern wurden aber individuelle Vergleichskantone gewählt
- Berechnung der Standardkosten (pro Kopf) je Aufgabenfeld
- Zerlegung der Standardkosten in Struktur- und Fallkosten
- Transformation der Benchmarking-Indizes in monetäre Grössen (Strukturkostendifferenziale und Fallkostendifferenziale)
- Interkantonaler Vergleich umfasst Ausgaben der Kanton inklusiver Gemeinden
- Datenbasis: EFV Finanzstatistik für das Jahr 2011

Evaluation des Finanzhaushalts nach Aufgabenfeldern

Analyseraster

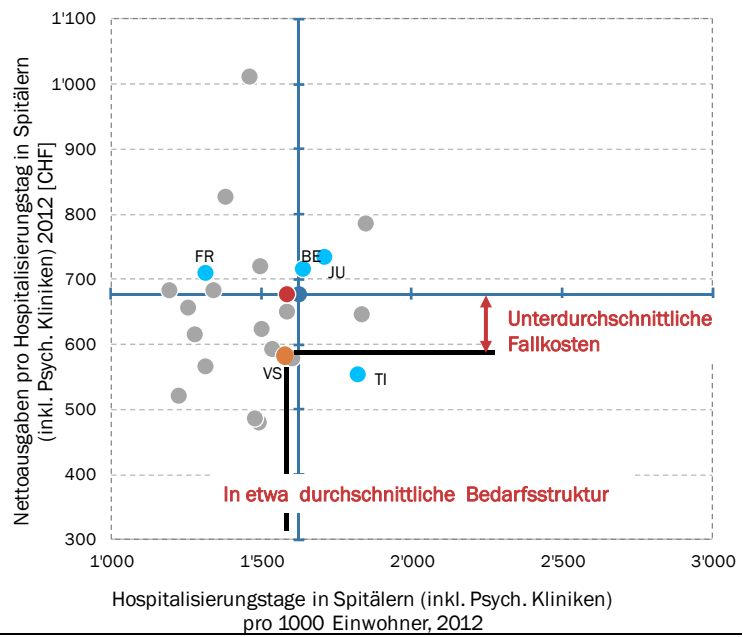
Nr.	Aufgabenfeld	EFV-Code	Nr.	Aufgabenfeld	EFV-Code
A Parlament, Regierung und Justiz			D Departement für Verkehr, Bau und Umwelt		
01	Exekutive	012	20	Denkmalpflege und Heimatschutz	312
02	Legislative	011	21	Strassenverkehr	61
03	Rechtssprechung	12	22	Öffentlicher Verkehr	62
			23	Abwasserbeseitigung	72
			24	Gewässerverbauungen	741
B Departement für Finanzen und Institutionen; Präsidium			25	Lawinerverbauungen	742
04	Allgemeine Verwaltung	02 + 291	26	Ressourcenschutz	75 + 76 + 779
05	Kirchen und religiöse Angelegenheiten	35	27	Forstwirtschaft	82
06	Leistungen an Pensionierte	533	28	Jagd und Fischerei	83
C Departement für Bildung und Sicherheit			E Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur		
07	Polizei und Verkehrssicherheit	111 + 112	29	Kultur	311 + 32 + 33
08	Strafvollzug	13	30	Spitäler und Psychiatrische Kliniken	411 + 413 + 422
09	Allgemeines Rechtswesen	14	31	Heime und ambulante Krankenpflege	412 + 421 + 534
10	Feuerwehr und Verteidigung	15 + 16	32	Gesundheitsprävention	43
11	Obligatorische Schule und Sonderschulen	21 + 22	33	Krankheit und Unfall	51
12	Berufsbildung	23 + 26	34	Invalidität	52
13	Allgemeinbildende Schulen	25	35	Ergänzungsleistungen AHV	532
14	Universitäre Hochschulen und Forschung	271 + 28	36	Familienzulagen	541
15	Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen	272 + 273	37	Sozialhilfe	571 + 572 + 579
16	Sport und Freizeit	34	F Departement für Volkswirtschaft, Energie und Raumentwicklung		
17	Jugendschutz	544	38	Arbeitslosigkeit	55
18	Asylwesen	573	39	Raumordnung	79
19	Leistungen an Familien	545	40	Landwirtschaft	81
			41	Tourismus	84
			42	Industrie, Gewerbe, Handel	85

Evaluation des Finanzhaushalts nach Aufgabenfeldern

Illustration 1: Spitäler und Psychiatrische Kliniken

Standardkostenindex NA / Einwohner (PG = 100)	84	Strukturkostenindex Hospitalisierungstage/Einw. (PG = 100)	97	Fallkostenindex NA / Hospitalisierungstag (PG = 100)	86
--	-----------	---	-----------	---	-----------

- VS: Wallis
- PG (Peer Group): BE, FR, JU, TI
- PG (Peer Group): Gewichteter Mittelwert
- CH: Schweiz Gewichteter Mittelwert
- Rest: Übrige Kantone



Evaluation des Finanzhaushalts nach Aufgabenfeldern

Ergebnisse: Bewertete Fallkostendifferenziale (1/3)

Nr.	Aufgabenfeld	Nettoausgaben		Fallkostendifferenzial nach Referenzniveau [Mio. CHF]			
		[Mio. CHF]*	[Anteil Kanton]	RN 100	RN 95	RN 90	RN 85
A	Parlament, Regierung und Justiz	58.1	57%	0	0.28	0.55	0.82
01	Exekutive	22.4	9%	0	0	0	0
02	Legislative	5.5	69%	0	0.28	0.55	0.82
03	Rechtssprechung	30.2	90%	0	0	0	0
B	DFI / PRÄS	194.0	28%	19 - 21	20 - 22	22 - 23	23 - 24
04	Allgemeine Verwaltung	152.3	29%	0	0	0	0
05	Kirchen und religiöse Angelegenheiten	31.0	3%	17.13 - 19.00	17.82 - 19.60	18.51 - 20.19	19.20 - 20.79
06	Leistungen an Pensionierte	10.7	76%	2.21	2.64	3.07	3.49
C	DBS	941.6	69%	5	11 - 17	22 - 43	41 - 90
07	Polizei und Verkehrssicherheit	94.7	74%	0	0 - 1.22	0.46 - 6.14	5.70 - 11.06
08	Strafvollzug	8.3	100%	0	0	0	0
09	Allgemeines Rechtswesen	-11.3	a)	0	0	0	0
10	Feuerwehr und Verteidigung	10.3	29%	0	0 - 0.30	0 - 0.82	0 - 1.35
11	Obligatorische und Sonderschulen	453.3	60%	0	0	0 - 3.38	0 - 28.37
12	Berufsbildung	99.3	89%	0	4.26	9.26	14.26
13	Allgemeinbildende Schulen	82.7	97%	0	0	3.67	8.06
14	Universitäre Hochschulen und Forschung	45.7	98%	0	0 - 1.49	0 - 3.81	0 - 6.14
15	Päd. Hochschulen und Fachhochschulen	70.7	98%	0	0 - 3.10	0 - 6.66	2.18 - 10.22
16	Sport und Freizeit	44.5	8%	4.81	6.80	8.78	10.76
17	Jugendschutz	17.1	74%	0	0	0	0
18	Asylwesen	4.0	66%	0	0	0	0
19	Leistungen an Familien	22.4	35%	0	0	0	0

Anmerkungen a) Nettoeinnahmen beim Kanton; b) Nettoeinnahmen bei den Gemeinden; * Kantone inklusive Gemeinden.

Wichtiger Hinweis:

Seit 2011 wurden Kostensenkungen in folgenden Aufgabenfeldern realisiert:
 13 (-1.0 Mio. CHF), 17 (-4.0 Mio. CHF), 20 (-1.3 Mio. CHF), 21 (-6.1 Mio. CHF), 24 (-1.3 Mio. CHF),
 25 (-1.0 Mio. CHF), 33 (-40.0 Mio. CHF).

Evaluation des Finanzhaushalts nach Aufgabenfeldern

Ergebnisse: Bewertete Fallkostendifferenziale (2/3)

Nr.	Aufgabenfeld	Nettoausgaben		Fallkostendifferenzial nach Referenzniveau [Mio. CHF]			
		[Mio. CHF]*	[Anteil Kanton]	RN 100	RN 95	RN 90	RN 85
D	DVBU	172.8	31%	1 - 10	4 - 17	13 - 25	21 - 33
20	Denkmalpflege und Heimatschutz	8.9	89%	0 - 1.74	0.26 - 2.09	0.71 - 2.45	1.16 - 2.81
21	Strassenverkehr	86.5	a)	0 - 6.95	0.94 - 10.93	5.44 - 14.91	9.95 - 18.89
22	Öffentlicher Verkehr	51.4	71%	0	1.68	4.30	6.92
23	Abwasserbeseitigung	-6.4	b)	0	0	0	0
24	Gewässerverbauungen	16.7	46%	0 - 0.86	0.62 - 1.66	1.47 - 2.45	2.32 - 3.24
25	Lawinerverbauungen	1.7	71%	0.78	0.83	0.87	0.91
26	Ressourcenschutz	7.8	81%	0	0	0	0
27	Forstwirtschaft	5.9	74%	0	0	0	0
28	Jagd und Fischerei	0.3	99%	0	0	0	0
E	DGSK	688.4	87%	50 - 64	61 - 74	72 - 84	89 - 100
29	Kultur	58.9	60%	0.55	3.47	6.39	9.31
30	Spitäler und Psychiatrische Kliniken	236.9	100%	0	0	0	3.34
31	Heime und ambulante Krankenpflege	87.2	99%	16.36 - 27.38	19.91 - 30.37	23.45 - 33.36	26.99 - 36.35
32	Gesundheitsprävention	16.8	80%	0.17 - 2.47	1.00 - 3.18	1.83 - 3.90	2.67 - 4.62
33	Krankheit und Unfall	103.2	100%	32.48	36.01	39.55	43.09
34	Invalidität	103.5	68%	0	0	0	0
35	Ergänzungsleistungen AHV	24.3	63%	0	0	0	0
36	Familienzulagen	3.9	89%	0.85	1.00	1.15	1.30
37	Sozialhilfe	53.7	61%	0	0	0	1.94

Anmerkungen a) Nettoeinnahmen beim Kanton; b) Nettoeinnahmen bei den Gemeinden; * Kantone inklusive Gemeinden.

Wichtiger Hinweis:

Seit 2011 wurden Kostensenkungen in folgenden Aufgabenfeldern realisiert:
 13 (-1.0 Mio. CHF), 17 (-4.0 Mio. CHF), 20 (-1.3 Mio. CHF), 21 (-6.1 Mio. CHF), 24 (-1.3 Mio. CHF),
 25 (-1.0 Mio. CHF), 33 (-40.0 Mio. CHF).

Evaluation des Finanzhaushalts nach Aufgabenfeldern

Ergebnisse: Bewertete Fallkostendifferenziale (3/3)

Nr.	Aufgabenfeld	Nettoausgaben		Fallkostendifferenzial nach Referenzniveau [Mio. CHF]			
		[Mio. CHF]*	[Anteil Kanton]	RN 100	RN 95	RN 90	RN 85
F	DVER	90.1	61%	15 - 36	19 - 39	23 - 41	26 - 44
38	Arbeitslosigkeit	12.7	54%	2.17	2.70	3.23	3.76
39	Raumordnung	10.0	29%	1.07 - 2.49	1.52 - 2.87	1.97 - 3.25	2.42 - 3.62
40	Landwirtschaft	23.5	72%	2.01 - 5.13	3.09 - 6.04	4.16 - 6.96	5.23 - 7.88
41	Tourismus	15.9	26%	0.33 - 8.52	1.11 - 8.89	1.89 - 9.26	2.67 - 9.63
42	Industrie, Gewerbe, Handel	27.9	85%	9.64 - 17.68	10.55 - 18.19	11.47 - 18.71	12.38 - 19.22
Total VS		2145.0	67%	91 - 136	117 - 170	152 - 217	200 - 292

Fallkostendifferenzial:

Wie stark würden die Nettoausgaben eines Aufgabenfelds c.p. sinken, wenn man die Fallkosten der Referenzgruppe (Vergleichskantone unterstellt)?
 Unterstellt man im Aufgabenfeld 38 pro Bedarfseinheit (Arbeitslose(n)) dieselben Fallkosten wie in der Vergleichsgruppe, dann lägen die gesamten Nettoausgaben in diesem Aufgabenfeld um 2.17 Mio. CHF tiefer.

Wichtiger Hinweis:

Seit 2011 wurden Kostensenkungen in folgenden Aufgabenfeldern realisiert:
 13 (-1.0 Mio. CHF), 17 (-4.0 Mio. CHF), 20 (-1.3 Mio. CHF), 21 (-6.1 Mio. CHF), 24 (-1.3 Mio. CHF),
 25 (-1.0 Mio. CHF), 33 (-40.0 Mio. CHF).

Anmerkungen a) Nettoeinnahmen beim Kanton; b) Nettoeinnahmen bei den Gemeinden; * Kantone inklusive Gemeinden.

Fazit

Fazit

Ableitung von potenziellen Handlungsfeldern

Hohe Strukturkosten reflektieren in der Regel ungünstige Bedarfsstrukturen, die kurzfristig kaum zu ändern sind (Demographie, Topographie, etc.).

⇒ Ausgaben senkungen in Aufgabenfeldern, die lediglich aufgrund der Bedarfsstruktur überdurchschnittlich hoch sind, gehen deshalb tendenziell mit einem effektiven (realen) Leistungsabbau einher.

Hohe Fallkosten reflektieren hingegen Effizienzpotenzial oder ein besonders hohes effektives (reales) Niveau staatlicher Versorgung

⇒ Soweit in diesen Aufgabenfeldern Kostensenkungen mit Effizienzsteigerungen erreicht werden können, bleibt das effektive Leistungsniveau erhalten.

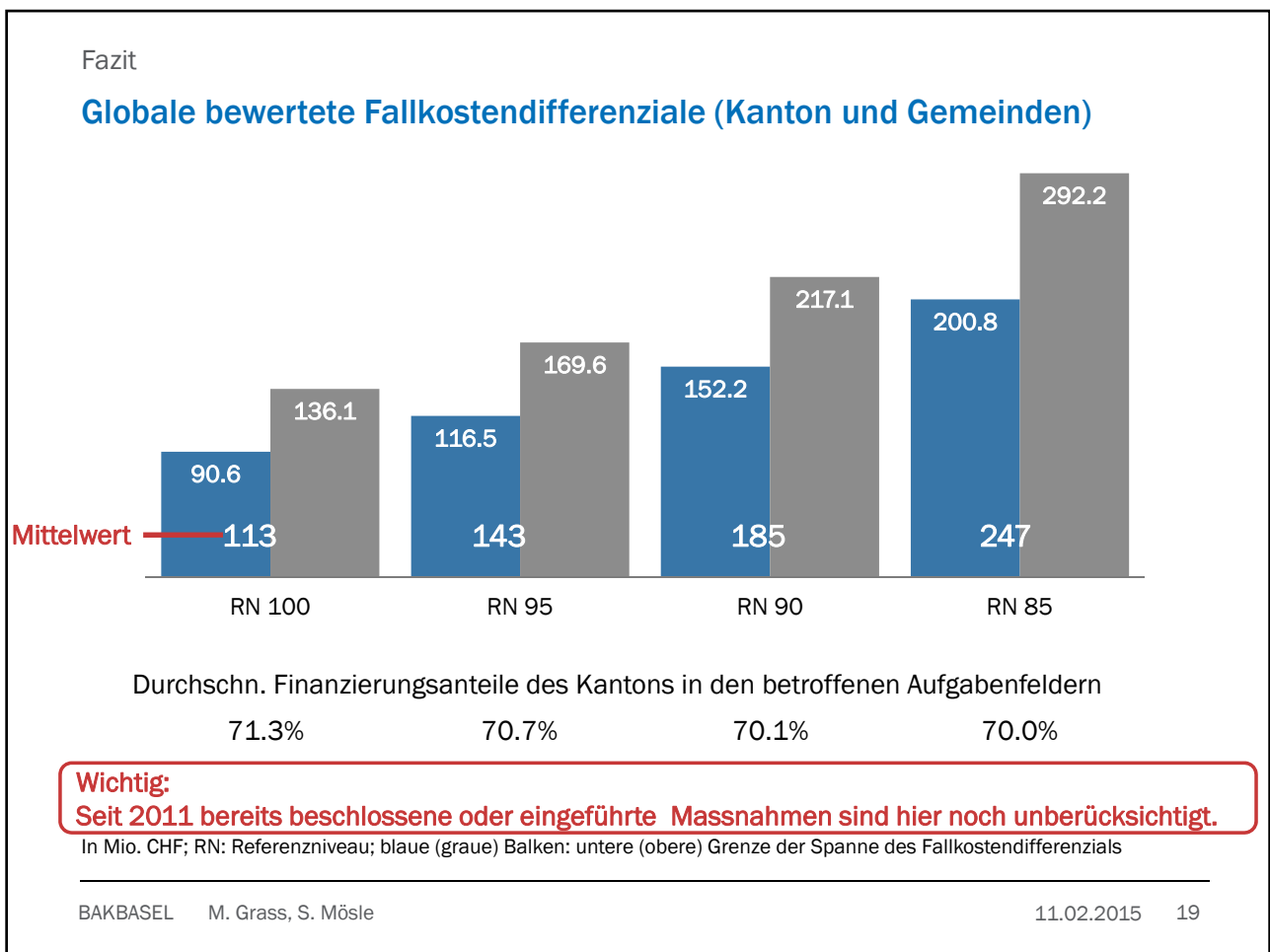
⇒ Gehen die hohen Fallkosten auf eine überdurchschnittliche reale Versorgung zurück, besteht die Möglichkeit eines zumutbaren Leistungsabbaus. (Angleichung an Niveau der Vergleichskantone)

Analytische (nicht politische) Priorisierung zur Ableitung potenzieller Handlungsfelder

- Aufgabenfelder mit überdurchschnittlichen Fallkosten,
- die gleichzeitig einen hohen kantonalen Finanzierungsanteil aufweisen.

Zudem wichtig: Berücksichtigung bereits beschlossener bzw. durchgeführter Massnahmen.

⇒ Bspw: (06) Leistungen an Pensionierte, (12) Berufsbildung, (15) Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen, (31) Heime und ambulante Krankenpflege (32), Gesundheitsprävention, (40) Landwirtschaft, (42) Industrie, Gewerbe, Handel



Fazit

Schlussfolgerungen 1/2

Ausgangslage: Dringender Entlastungsbedarf

- Ressourcen: Der Kanton Wallis verfügt im Vergleich mit der Gesamtheit der Kantone über eine unterdurchschnittliche Ressourcenausstattung. (Ressourcenindex 2015 [CH=100]: 69 vor bzw. 87 nach Finanzausgleich).
- Ausgabenniveau: Bei der Bereitstellung der staatlichen Leistungen weist der Kanton Wallis (inkl. Gemeinden) jedoch ein Kostenniveau auf wie der Durchschnitt der Kantone (Index=100). Gegenüber der Peer Group liegen die Nettoausgaben pro Kopf leicht höher (Index = 102).
- Das Ungleichgewicht von Ressourcenausstattung und Ausgabenniveau führt zu einer überdurchschnittlichen Steueraussschöpfung (Ausschöpfungsindex 2015=115.5) sowie (gegenwärtig) einem strukturellen Defizit.
- Kurz- bis mittelfristige Effekte infolge verschiedener Faktoren erhöhen den strukturell bedingten Entlastungsbedarf zusätzlich.

Evaluationsergebnisse

- Die Analyse zeigt, dass die Bedarfsstrukturen im Kanton Wallis zu leichten Kostennachteilen (Index=103) gegenüber der Peer Group (BE, FR, GR, JU, TI) führen.

Fazit

Schlussfolgerungen 2/2

- Die Kosten pro Bedarfs- bzw. Versorgungseinheit liegen insgesamt in etwa im Durchschnitt der Peer Group (Index 99).
- Dennoch: In 17 von 42 Aufgabenfeldern liegen die Fallkosten (Kosten pro Bedarfs- bzw. Versorgungseinheit) über dem Niveau der relevanten kantonalen Vergleichsgruppe.
- Entlastungspotenzial:
Eine Absenkung auf das Niveau der relevanten Vergleichsgruppe in all diesen Aufgabenfeldern führte c.p. zu einer Senkung der Nettoausgaben (inkl. Gemeinden) von 91–136 Mio. CHF. Das entspricht einer Senkung um 4-7 Prozent.
- Finanzierungsstruktur:
Der Kanton finanziert in diesen überdurchschnittlich kostenintensiven Aufgabenfeldern rund 70% der Nettoausgaben (30% die Gemeinden).
- Referenzniveau:
Aus der Analyse folgt, dass die Fallkosten spürbar unter das Niveau der Vergleichsgruppe und des Schweizerischen Durchschnitts gesenkt werden müssten, wenn (für den Kanton, also ohne Gemeinden) ein Entlastungsvolumen von 100-120 Mio. CHF erreicht werden soll.

Fazit

Grenzen und Verwendung der Analyse

Grenzen

- Aus Kostendifferenzial kann nicht 1:1 Sparpotenzial abgeleitet werden.
- Institutionelle Rahmenbedingungen im Hinblick auf den Handlungsspielraum bleiben in der Analyse weitgehend unberücksichtigt.
- Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden kann nur pauschal berücksichtigt werden.
- Massnahmen 2012-'14 müssen nachgängig berücksichtigt werden.

Verwendung

- Studie definiert Kostendifferenziale, keine Sparpotenziale
- Benchmarking soll Hilfsmittel und Wegweiser sein
- Faktengrundlage zur Unterstützung der politischen Entscheidungsträger bei der Erarbeitung konkreter Sparmassnahmen.

Ungewissheiten und Risiken für die Kantonsfinanzen *(Maurice Tornay, Vorsteher des DFI)*

- ▲ Ergebnisse der Rechnung 2014
- ▲ Referendum gegen das Dekret «Massnahmen Budgetgleichgewicht»
- ▲ Konsequenzen der Mindestkursaufgabe CHF/EUR durch die SNB
- ▲ NFA I: Ausstattung der Ausgleichsgefässe für 2016-2019
- ▲ Unternehmenssteuerreform III (USR III)
- ▲ Volksinitiativen «Familien stärken» und «Erbschaftssteuer»
- ▲ Energiebereich: Restwassermengen – Besteuerung der Kraftwerksgesellschaften – Wasserzinse
- ▲ (-) Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand
- ▲ (-) Gewinnausschüttung SNB
- ▲ (-) Verwendung der Einnahmen aus dem Verkauf der Wasserkraftanlage «Susten-Chippis-Rhône»

Zielsetzung PAS 2 (Maurice Tornay, Vorsteher des DFI)

▲ Grundlagen:

- IMP 2015 – 2018
- Beschlüsse des Grossen Rates Dezember 2014

	Mio. Franken	2016	2017	2018
Minimale Auswirkungen der Budgetausgleichsmassnahmen: IMP 15-18 Sept.14		80	97	120
Konsequenzen der Beschlüsse des Grossen Rates vom Dezember 2014				
• Raschere Tilgung des Fehlbetrags		17	17	-33
• Änderung des Dekrets «doppelte Bremse» + Änderungen am B2015		4.1	3.4	2.3
Gewinnanteil der SNB		-26.8	-26.8	
Neue minimale Auswirkungen der Budgetausgleichsmassn.		74.3	90.6	89.3

▲ Zielsetzung: 120 Mio.

- Sämtliche Bereiche des Staates und der Einrichtungen betroffen
- Hauptgewicht auf den Leistungsgruppen mit den im interkantonalen Vergleich höchsten Kosten
- Senkung der Investitionen und Erhöhung der Einnahmen: mögliche Optionen

Nächste Etappen *(Maurice Tornay, Vorsteher des DFI)*

- ▲ Unterbreitung von konkreten Vorschlägen durch die Einrichtungen und die Dienststellen des Staates (auch Legislative und Judikative)
- ▲ Analyse und Festlegung der Massnahmen durch den Staatsrat (Ende 1. Halbjahr 2015)
- ▲ Botschaft an den Grossen Rat zu den Massnahmen, die Gesetzesänderungen bedingen (Ende 2015)

Schlussfolgerung (Jean-Michel Cina, Regierungspräsident)

- ▲ Nach über 20 Jahren drängt sich eine Überprüfung der Aufgaben und der Organisation auf. Andere Kantone unternehmen ähnliche Schritte
- ▲ Das Wallis liegt im Schweizer Mittel
- ▲ Die Finanzsituation des Staates ist besorgniserregend
- ▲ Die Perspektiven sind nicht besonders rosig
- ▲ Der Aufwand des Staates muss prioritär gesenkt und der Ertrag allenfalls erhöht werden
- ▲ Diese Einsparungen betreffen alle
- ▲ Der Staatsrat wird seine Entscheide unter Berücksichtigung der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen fällen